

# LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
214 · Ausgabe CH · August 2024  
AZB 3001 Bern · Post CH AG



«Unsere Arbeit  
verdient eine  
faire Rente.»

Franziska, 32 Jahre

**BVG-  
Reform**

[www.ja-bvg.ch](http://www.ja-bvg.ch)

**Stimmt!**

**Darum NEIN  
zur BVG-Vorlage**

Alles zu den  
Abstimmungsvorlagen  
ab Seite 4

## 20 JAHRE DENKNETZ

Nach der dritten Ausgabe von «Reclaim Democracy» feiert der linke Think-Tank Mitte September den runden Geburtstag. Seite 8

## FERTIG KLASSENKAMPF VON OBEN!

Am Parteitag diskutieren die Delegierten in Davos das neue finanzpolitische Grundsatzpapier – für eine Finanzpolitik, die die Kaufkraft und die soziale Gerechtigkeit stärkt. Seite 14

Liebe Leserin, lieber Leser, alle dazwischen und darüber hinaus



Wenn bürgerliche Parteien beginnen unsere Slogans zu kopieren, ist definitiv Vorsicht angebracht. «Unsere Arbeit verdient eine faire Rente»: So wirbt das Pro-Komitee auf Plakaten für die BVG-Vorlage, wie unser Titelbild zeigt. Wir reiben uns die Augen. Selbstverständlich verdient Arbeit eine faire Rente! Doch ist die mit der verpfuschten BVG-Reform nicht zu haben.

Das belegen Berechnungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds: Wird die Vorlage angenommen, bezahlt eine 50-jährige Fachfrau Betreuung mit einem Lohn von 5400 Franken jeden Monat 100 Franken mehr in die Pensionskasse ein – um dann in 15 Jahren bei Renteneintritt satte 127 Franken weniger zu bekommen. Ein schlechter Deal.

Auch die 45-jährige Floristin in Teilzeit mit einem bescheidenen Einkommen muss deutlich mehr in die Pensionskasse einzahlen und wird auch eine leicht höhere Rente beziehen können. Bloss, und das ist besonders perfid: Dafür werden die Ergänzungsleistungen entsprechend tiefer ausfallen – im Alter wird ihr nicht mehr zur Verfügung stehen. Während des Arbeitslebens hat sie jedoch bei einem tiefen Lohn massiv weniger im Portemonnaie. Sieht so eine «faire Rente» aus? Nur aus Sicht der Bürgerlichen.

«Arbeit verdient eine faire Rente» – in der Tat! Diesen Ball nehmen wir spätestens in der nächsten Debatte zu AHV und Pensionskassen gerne wieder auf. Denn klar ist: Die Renten sind zu tief, und die Pensionskassen-Renten der Männer liegen immer noch massiv über jenen der Frauen, unter anderem weil die Care-Arbeit in diesem System nicht abgegolten wird. Bei der nächsten Debatte nehmen wir die Bürgerlichen beim Wort – jede Arbeit verdient eine faire Rente!

In diesem Sinne danke für euer überzeugtes Nein zur BVG-Vorlage.

Eure  
*Pia Wildberger*

PS: Der ehemalige Preisüberwacher Ruedi Strahm, Co-Parteipräsident Cédric Wermuth und Nationalrätin Tamara Funciello informieren online und in Veranstaltungen über die BVG-Vorlage. Auf Seite 4 findet ihr mehr zu den spannenden Angeboten und zu unseren Argumenten.

## INHALT

- 4 BVG-Vorlage:  
Zurück an den Absender**  
Was die Pensionskassen-Vorlage für einzelne Versicherte bedeutet
- 6 Handeln wir jetzt für kommende Generationen**  
Warum die Biodiversitäts-Initiative wichtig und richtig ist
- 8 Teepflücker:innen klagen an**  
Der Solifonds unterstützt Plantagenarbeiter:innen in Sri-Lanka, die unter sklavenähnlichen Bedingungen schufteten
- 9–12 Berichte aus den Kantonen**
- 13 Hinter den Kulissen von Meyer:Wermuth**  
Wie jede Woche eine neue spannende Podcast-Folge entsteht
- 14 Schluss mit Klassenkampf von oben!**  
Unser finanzpolitisches Grundsatzpapier, das am Parteitag diskutiert wird
- 16 Kochen fürs Klima:  
Überraschende Pasta Retour**  
Zu Besuch bei Manuel Rüesch im Cave du Luc in Baden
- 17 Kein Frieden ohne die Frauen**  
Eine Ausstellung ehrt Clara Ragaz-Nadig, die lange die Diskussionen um Pazifismus und Feminismus prägte
- 18 5 Fragen an Neumitglied Thomas Gurtner**, Consultant im Dienst humanitärer und internationaler Organisationen
- 19 Anlässe der SP Schweiz, Movendo und der Anny-Klawa-Morf-Stiftung**



Keystone/Stephan Torre

Als Antwort auf die Wohnungskrise entstand zu Beginn der 1960er-Jahre in Genf die «Cité du Lignon», die heute unter Schutz steht.

## Bürgerliche wollen das Mietrecht weiter aushöhlen

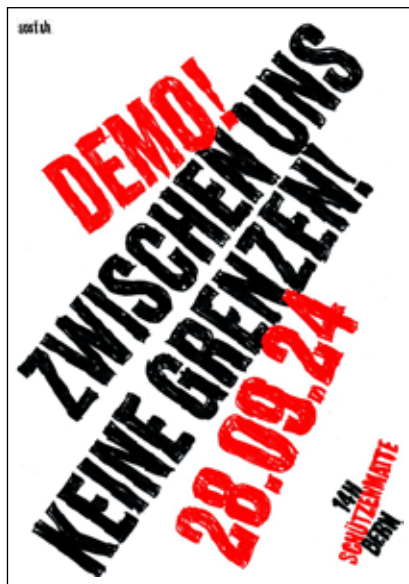
Im November stimmen wir über zwei Miet-Vorlagen ab, deren Stossrichtung klar ist: Es geht der Immobilienlobby darum, den Mieter:innen einfacher kündigen zu können, um dann in einem zweiten Schritt die Mieten zu erhöhen. Parallel dazu lässt die Immobilienlobby nichts unversucht, um den weiteren Abbau des Mietrechts voranzutreiben. So hat eine bürgerliche Kommissionsmehrheit im Nationalrat soeben zwei Vorstössen zugestimmt, die den Mieter:innenschutz zusätzlich aushöhlen: Der eine Vorstoss erschwert die Anfechtung ungerechtfertigter Anfangsmietzinse. So sollen übersetzte Anfangsmietzinse nur noch bei «persönlicher Notlage» angefochten werden können.

Der andere Vorstoss vereinfacht Mietzinserhöhungen für Vermieter:innen mit Verweis auf quartierübliche Mieten. Betroffen von den Preiserhöhungen wären auch die gewerblichen Mieten, sprich viele kleine und mittlere Unternehmen.

Klar scheint: Die Immobilienlobby will so die ungerechtfertigten Profite der Vermieter legalisieren – und dies bevor sich die Stimmbevölkerung zu den beiden Miet-Referenden im November äussern konnte. Die SP wird die massiven und stetigen Angriffe auf das Mietrecht weiterhin mit aller Kraft bekämpfen, sei es im Parlament oder an der Urne.

## Auf zur Demo für eine offene Gesellschaft

Unter dem Motto «Zwischen uns keine Grenzen!» ruft Solidarité sans frontières am 28. September 2024 zu einer Grossdemonstration nach Bern. Geflüchtete und Migrant:innen, Sans-Papiers, vorläufig Aufgenommene und Abgewiesene, Second@s und Eingebürgerte, solidarische Menschen, Basisgruppen und Organisationen: Alle werden von sichtbaren und unsichtbaren Grenzen getrennt. Diese lassen sich gemeinsam überwinden. Die Demonstration steht denn auch unter dem Motto «Zwischen uns keine Grenzen – für eine offene Gesellschaft der Vielen!» Gefordert sind Partizipation statt Ausgrenzung, Rechte und Würde, soziale Teilhabe und Bewegungsfreiheit. Die SP Schweiz unterstützt die Kundgebung.



→ 28. September, 14 Uhr,  
auf der Schützenmatte in Bern

## Mirjam Hostetmann zur JUSO-Präsidentin gewählt



JUSO Schweiz

Ende Juni wählten die Delegierten der JUSO Schweiz Mirjam Hostetmann zu ihrer neuen Präsidentin. Die 24-jährige Obwaldnerin, die seit Herbst 2022 Vizepräsidentin der Organisation war, setzte sich mit deutlichem Vorsprung durch. In ihrer Bewerbungsrede legte sie den Fokus auf die sich verschärfenden Krisen weltweit, von Krieg über Klimakrise bis hin zum erstarkenden Rechtsextremismus. Hostetmann folgt auf Nicola Siegrist, der nach zwei Jahren im Amt zurücktrat. Zuletzt sammelte die Jungpartei unter seiner Leitung über 120 000 Unterschriften für die Initiative für eine Zukunft, die eine sozial gerechte Klimapolitik mit einer Erbschaftsteuer fordert.

## Letzte Plätze: Jetzt für die Kommunaltagung anmelden

Am Samstag, 14. September, findet zum fünften Mal die Belper Kommunaltagung der SP Schweiz statt. Ein Anlass, der speziell zugeschnitten ist auf unsere Exekutivmitglieder in kleineren und mittleren Gemeinden, denn wir wissen: Diese Menschen arbeiten auf hartem Pflaster, sind aber sehr wichtig für die SP und unsere Politik. Die Teilnehmer:innen erwartet ein attraktives Programm, mit einem Inputreferat zum Kollegialitätsprinzip und zahlreichen interessanten Workshops. Die Themen gehen von demokratischer Innovation über die Beschaffung von Wohnraum für Asylbewerber:innen bis hin zur Jugendarbeit und Jugendpolitik. Für alle Workshops konnten wir erfahrene Leiter:innen gewinnen.

Du kannst dich noch kurzfristig hier anmelden – wir freuen uns auf dich:

→ [www.sp-ps.ch/kommunaltagung2024](http://www.sp-ps.ch/kommunaltagung2024)



# Mehr bezahlen

# We



**N**  
zum

am 22

BVG-VORLAGE

# Zurück an den Absen

**Mit der BVG-Vorlage verlieren fast alle – die Mittelklasse, Tieföhner:innen, Menschen über 50 Jahre. Einzig die Finanzindustrie kommt ungeschoren davon. Auf diese Vorlage gibt es darum nur eine Antwort: ein starkes Nein!**



Cédric Wermuth  
Nationalrat und Co-Präsident  
der SP Schweiz

Die Senkung des Umwandlungssatzes bildet den Kern der Vorlage und betrifft alle Versicherten. Denn mit einem tieferen Umwandlungssatz sinken die garantierten Rentenleistungen. Der Prozentsatz bestimmt, wie viel vom angesparten Kapital im obligatorischen Bereich den Versicherten in Form einer Rente ausbezahlt wird. Aktuell beläuft sich dieser Satz auf 6,8 Prozent. Das bedeutet, dass heute auf ein Kapital von 100 000 Franken jährlich eine Rente von 6800 Franken ausbezahlt wird. Neu soll diese Rente auf 6 Prozent oder 6000 Franken sinken.

Dabei sind in den letzten 15 Jahren die durchschnittlichen Neurenten bereits um mehrere hundert Franken gesunken, während die Beiträge kontinuierlich gestiegen sind. Zudem haben die Pensionskassenrenten allein in den letzten drei Jahren 5 Prozent an Kaufkraft verloren. Faktisch schiebt man das Risiko

der Finanzmärkte einfach auf die Versicherten. Dabei geht es heute – anders als noch vor wenigen Jahren befürchtet – den meisten Kassen dank steigenden Zinsen blendend. Ihre Reserven sind prallvoll.

## **Mogelpackung für die Frauen**

Mit der sogenannten Reform sollen über zwei Milliarden Franken an zusätzlichen Geldern in die Pensionskasse fließen – bezahlt von den Versicherten. Das kann bis zu 2400 Franken pro Jahr ausmachen. Diese Zusatzkosten kommen vor allem auf Menschen mit tiefen Renten zu. Gleichzeitig sinken für viele Versicherte die Renten. Die Verluste betragen bis zu 3200 Franken (siehe Beispiele). Leidtragende sind besonders Lohnabhängige über 50 Jahre und die Mittelklasse.

Neu sollen tiefere Pensen versichert werden. Das soll besonders Frauen mit tiefen Arbeitspensen

entgegenkommen. Diese Überlegung ist nicht falsch, aber sie birgt einige Tücken. 90 Prozent der Kassen haben für die flexible Versicherung von tiefen Pensen bereits Lösungen gefunden – und trotzdem bleiben die Frauenrenten in der zweiten Säule weit hinter jenen der Männer zurück. Warum? Weil das Problem anderswo liegt.

Der Hauptgrund für die Rentenlücke der Frauen besteht – neben der Lohndiskriminierung – vor allem darin, dass die Kindererziehung und die Betreuung von Familienangehörigen in der zweiten Säule nicht berücksichtigt werden. Dies im Gegensatz zur AHV. Darum bestehen bei den AHV-Renten auch weniger Unterschiede. Entsprechende Anträge für Betreuungsgutschriften hat die SP natürlich auch für diese aktuelle BVG-Reform eingereicht. Doch davon wollten die Bürgerlichen nichts wissen.

## **Die Finanzindustrie sahnt ab**

Gewinnerin dieser so genannten Reform wäre vor allem die Finanzindustrie. Sie kommt gänzlich unge-

# weniger Rente

# EIN!

## BVG-Bschiss

### 2. September

# der!

schoren davon – obwohl die zweite Säule mittlerweile einem Selbstbedienungsladen der Finanzindustrie gleicht.

Die Finanzindustrie macht Kasse: Der ehemalige SP-Nationalrat und Preisüberwacher Ruedi Strahm hat vorgerechnet, dass inzwischen 1500 Franken pro versicherte Person und Jahr an die Finanzindustrie gehen. Der Gewerkschaftsbund zeigt, dass in den letzten zehn Jahren insgesamt fast 70 Milliarden Franken von den Beiträgen der Versicherten abgezogen und quasi an den Paradeplatz geflossen sind. Doch anstatt bei diesen unverschämten Gratisgewinnen der Finanzabzocker anzusetzen, hat die bürgerliche Mehrheit im Parlament lieber eine Reform gezimmert, bei der am Ende viele mehr bezahlen, um weniger zu erhalten. Es kann deshalb am 22. September nur eine Antwort geben: Zurück an den Absender!

## WAS DIE REVISION FÜR EINZELNE MENSCHEN BEDEUTET

	Lohnabzug für die Pensionskasse pro Monat	Veränderung der Pensionskassenrente pro Monat
 <p><b>Fachfrau Betreuung in einer Kita*</b> 50-jährig Monatslohn <b>5400 Franken</b></p>	100 Franken mehr Lohnabzug	127 Franken weniger Rente
 <p><b>Fachverkäufer im Grosshandel</b> 45-jährig Monatslohn <b>6800 Franken</b></p>	42 Franken mehr Lohnabzug	258 Franken weniger Rente
 <p><b>Elektrikerin</b> 27-jährig Monatslohn <b>5385 Franken</b></p>	162 Franken mehr Lohnabzug	31 Franken mehr Rente
 <p><b>Floristin in Teilzeit**</b> 45-jährig Monatslohn <b>1900 Franken</b></p>	187 Franken mehr Lohnabzug	212 Franken mehr Rente
 <p><b>Koch</b> 55-jährig Monatslohn <b>5400 Franken</b></p>	11 Franken weniger Lohnabzug	67 Franken weniger Rente

Beispiele basierend auf Angaben des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (Jahreslohnrechnung mit 13 Monatslöhnen).

\* Lesebeispiel: In 15 Jahren, wenn die Kita-Mitarbeiterin in Pension geht, erhält sie eine monatlich 127 Franken tiefere Rente. Gleichzeitig hat sie bis zum Rentenalter jeden Monat 100 Franken mehr einbezahlt – ein schlechter Deal: Mehr bezahlen für weniger Rente.

\*\* Wenn die Floristin in 20 Jahren in Pension geht, erhält sie eine höhere Rente, doch fallen dafür die Ergänzungsleistungen entsprechend tiefer aus – die Frau hat im Alter nicht mehr zur Verfügung. Während des Arbeitslebens hat sie jedoch bei einem sehr bescheidenen Lohn massiv weniger Geld im Portemonnaie.

## MIT TAMARA FUNICIELLO, RUEDI STRAHM UND CÉDRIC WERMUTH GEGEN DIE BVG-VORLAGE

Die SP-Frauen befassen sich an einer Veranstaltung im Generationenhaus in Bern mit der Vorlage und klären mit Nationalrätin Tamara Funicello, welche Massnahmen es wirklich bräuchte, damit wir alle im Alter gut leben können.

- *Mittwoch, 4. September, 19 – 20.30 Uhr, im Generationenhaus in Bern – mit Apéro im Anschluss*

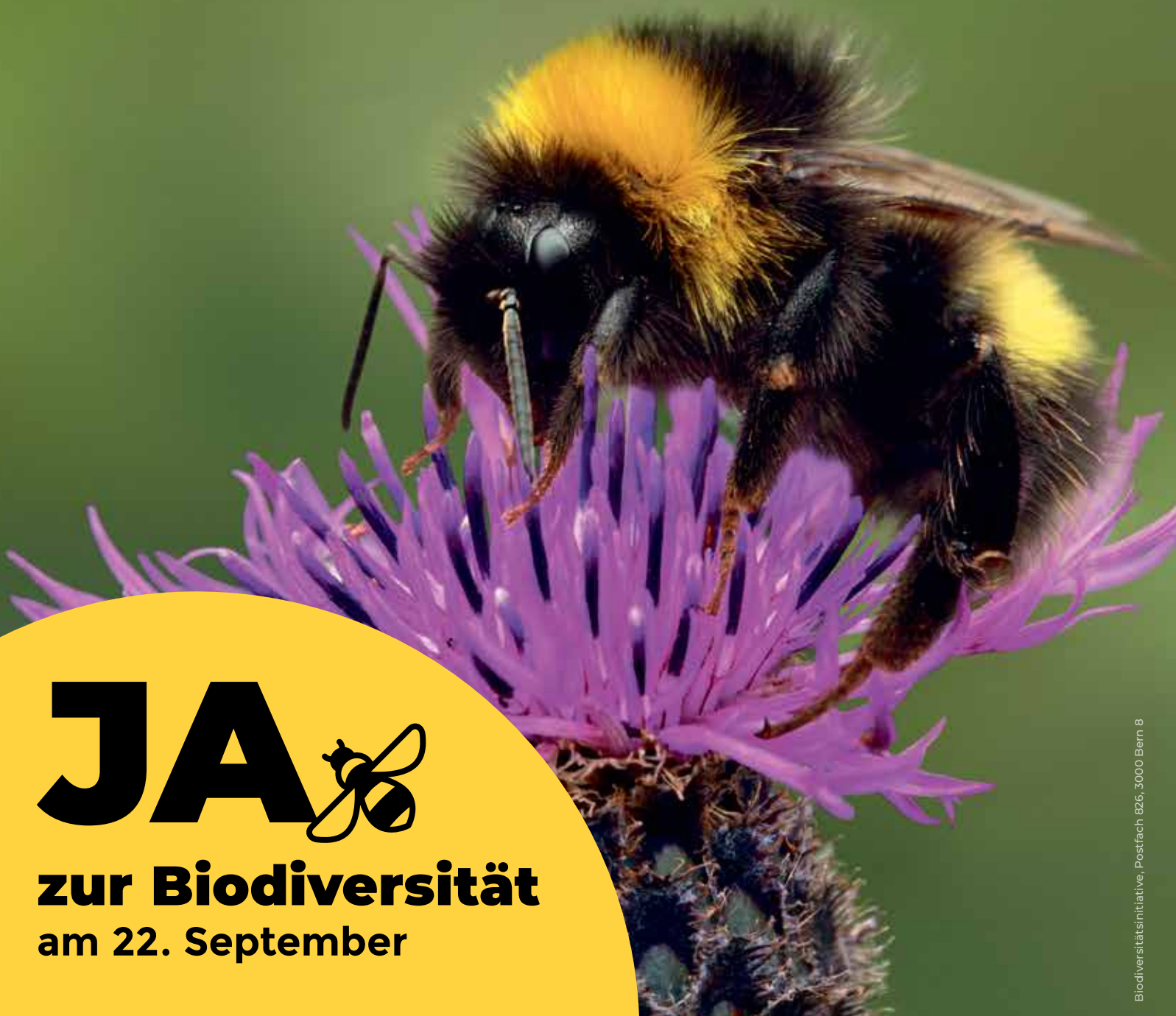
Cédric Wermuth und Ruedi Strahm, ehemaliger Preisüberwacher und Nationalrat, schauen in einer Online-Veranstaltung auf die Geschichte des Drei-Säulen-Systems in der Schweiz zurück, zeigen die Entwicklung der Pensionskassen auf und erklären unsere Kritik an der aktuellen BVG-Vorlage und den Systemfehlern in der zweiten Säule. Es besteht die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme!

- *Montag, 9. September, um 19.30 Uhr*

Bitte melde dich über diesen Link an [sp-ps.ch/webinar\\_bvg](https://sp-ps.ch/webinar_bvg). Du bekommst einen Zugangslink zugestellt.



# Schützen, was wir brauchen.



**JA** 

**zur Biodiversität**  
am 22. September

## BIODIVERSITÄTS-INITIATIVE

# Handeln wir jetzt für kommende Generationen



Martina Munz  
Nationalrätin SH

Klimakrise und Biodiversitätskrise sind eng miteinander verknüpft. Während die Klimakrise global zu mehr Murgängen, Überschwemmungen und Dürren führt, stirbt die Natur unbemerkt vor unserer Haustüre. Tanzende Falter rund um Strassenlaternen gehören der Vergangenheit an. Das Insektensterben nimmt rasant zu. Die intensive Landnutzung und der Verlust an Lebensräumen haben Spuren hinterlassen. Im Zeitraum eines einzigen Generationswechsels sind drei Viertel der Insekten verschwunden. Jede Sekunde wird ein Quadratmeter Boden neu verbaut, dadurch verlieren unzählige Tier- und Pflanzenarten ihren Lebensraum. Chemische Rückstände bedrohen unser Trinkwasser, zu viel Dünger unsere Bäche und Seen. Die Schweiz hat grossen Handlungsbedarf. Im internationalen Vergleich steht sie schlecht da.

## Zusammenhängende Flächen schaffen Qualität

Die Biodiversitätsinitiative will darum Gegensteuer geben. Sie fordert genügend Flächen und finanzielle Mittel für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen sowie einen besseren Schutz der Landschaft.

Lebendige Gewässer und fruchtbare Böden sind Voraussetzung für unsere Ernährungssicherheit. Die Landwirtschaft ist auf lebendige Böden, Bestäubung und einen ausgeglichenen Wasserhaushalt angewiesen. Mit der Initiative werden

Bauernfamilien besser für die Sorge zur Natur entschädigt.

Ziel ist es, die Qualität von bestehenden Biodiversitätsflächen zu erhöhen. So sollen die Bewirtschaftungsverträge langfristiger abgeschlossen, Herbizide verboten und Lebensräume wie beispielsweise Hecken besser miteinander vernetzt werden. Davon profitiert vor allem die Landwirtschaft.

## Schluss mit Schottergärten

Aber auch das Siedlungsgebiet muss durch naturnahe Grünräume einen wichtigen Beitrag zur Artenvielfalt leisten. Mit versiegelten Plätzen und verschotterten Gärten, die das Klima in den Städten zusätzlich aufheizen, muss Schluss sein!

Die Initiative steht nicht im Widerspruch zur Energiewende. Die gleichen Umweltorganisationen, die für das Stromgesetz gekämpft haben, engagieren sich auch für die Biodiversitäts-Initiative.

Die Initiative nennt weder ein Flächenziel noch eine Prozentzahl für die Biodiversitätsfläche. Sie verlangt von Bund und Kantonen, die «erforderlichen Flächen» zur Sicherung und Stärkung der Biodiversität bereitzustellen. Der Initiativtext lässt dem bürgerlichen Parlament in der Umsetzung also viel Spielraum. Angstmacherei – sei es aus bäuerlichen oder aus Stromproduktionskreisen – ist fehl am Platz.

Handeln wir jetzt für kommende Generationen: Darum ein Ja zur Biodiversitätsinitiative am 22. September 2024!

## Die Aussagen der Gegner im Faktencheck

**«30 Prozent Fläche weg? Tschüss Schweizer Lebensmittelproduktion» – mit solch fragwürdigen Aussagen werben die Gegner:innen auf Plakaten und im Internet um Nein-Stimmen. Wir haben die Behauptungen einem Faktencheck unterzogen.**

### «Die Biodiversitätsinitiative will 30 Prozent unserer Landesfläche schützen»

Nein. Die 30 Prozent entsprechen einem international vereinbarten Ziel im Rahmen der internationalen Verhandlungen zum Globalen Biodiversitätsrahmen von 2022. Sie haben mit der Biodiversitätsinitiative nichts zu tun. Die Initiative verlangt von Bund und Kantonen, die «erforderlichen Flächen» zur Sicherung und Stärkung der Biodiversität bereitzustellen. Im Initiativtext ist kein Flächenziel genannt. Nach Annahme der Initiative werden Bundesrat und Parlament und die Kantone die benötigten Flächen ermitteln. Sie werden auf fachlicher Grundlage und pragmatisch den Verfassungstext umsetzen. Schützen und nutzen gehen Hand in Hand.

### «Mit der Initiative ist die Ernährungssicherheit gefährdet»

Im Gegenteil: Die Biodiversitätsinitiative trägt wesentlich zur Ernährungssicherheit bei, denn ohne die Leistungen einer vielfältigen Natur nimmt auch die Produktionsleistung der Landwirtschaft ab. Bodenfruchtbarkeit, Bestäubung, Schutz vor Schadinsekten, all das erbringt die Biodiversität. Der Bundesrat sagt es so: «Um die Inlandproduktion mittel- und langfristig zu gewährleisten, ist der Erhalt der fruchtbaren Böden, der Biodiversität und der übrigen Produktionsgrundlagen von zentraler Bedeutung.»

### «Die Initiative verhindert den Ausbau der erneuerbaren Energien»

Nein. Die Biodiversitätsinitiative lässt genügend Raum für den dringend nötigen Ausbau erneuerbarer Energien. Insbesondere ändert sie nichts an den geltenden Regeln der Interessenabwägung zwischen Energieversorgung und Natur- und Landschaftsschutz. Die Biotop von nationaler Bedeutung, in denen Anlagen für erneuerbare Energien gemäss Volksentscheid von 2017 ausgeschlossen sind, machen nur zwei Prozent der Landesfläche aus. Auf den anderen 98 Prozent ist die Interessenabwägung zwischen Schutz und Energie auch mit der Biodiversitätsinitiative weiterhin möglich.

# Reclaim Democracy in dritter Auflage



Hoffnungsvolle Perspektiven sind der Sauerstoff, der die Demokratie belebt. Am Reclaim Democracy am 13. und 14. September 2024 kommen wir in Zürich zusammen, um miteinander darüber nachzudenken, wie wir die heutigen Krisen solidarisch und demokratisch bewältigen können.

Wie wollen wir in Zukunft zusammenleben? Wie können wir diese Zukunft nachhaltig und ökologisch gestalten? Was bedeutet es, sich umeinander zu kümmern? Welche Formen von Arbeit braucht es auf dem Weg in die Zukunft? Wie sind wir bei all dem

feministisch, anti-rassistisch, queerfreundlich und ganz generell inklusiv? Und welche Anforderungen ergeben sich aus unserer Zukunft für alle an die Demokratie?

Neben der gemeinsamen Analyse dessen, was schief läuft und was wir jetzt tun wollen, bietet das Reclaim Democracy auch Zeit und Raum, um zusammen zu sein und sich auszutauschen.

→ Alle Infos zum Programm und Tickets findet ihr unter: [reclaim-democracy.org](https://reclaim-democracy.org)



## 20 JAHRE DENKNETZ

Seit 20 Jahren setzt sich das Denknetz kritisch mit der Rolle der Schweiz im globalen Kapitalismus auseinander. 2004 wurde das Denknetz als Gegenstück zum neoliberalen Think-Tank Avenir Suisse gegründet. Es entstand ein Netzwerk aus linken Forscher:innen, Politiker:innen und Gewerkschafter:innen, die mit frischen Ideen die grossen Politdebatten der letzten Jahrzehnte aufmischten und fundiert mitdiskutieren.

Das wollen wir feiern: Im Anschluss an das Reclaim Democracy diskutieren wir in Zürich im Kanzlei-Klub die Herausforderungen für die schweizerische Linke sowie Vorschläge für einen solidarischen Wandel – gefolgt von einer fulminanten Party. Alles dazu findest du hier: [reclaim-democracy.org/samstag/kritik-und-reale-utopie-20-jahre-denknetz](https://reclaim-democracy.org/samstag/kritik-und-reale-utopie-20-jahre-denknetz)

## Teepflücker:innen klagen an

Seit 2019 der Gesamtarbeitsvertrag gekündigt wurde, haben sich die Arbeitsbedingungen der Teepflücker:innen in Sri Lanka weiter massiv verschlechtert. Es werden immer mehr Scheinselbstständige angestellt und Kinderarbeit ist wieder auf dem Vormarsch. Die Unternehmen nützen den vertragslosen Zustand schamlos aus. So müssen die Teepflücker:innen auf einer Plantage beispielsweise 25 Kilos anstatt wie früher 16 Kilo ernten. Wenn sie dieses Tagessoll nicht erreichen, erhalten sie nur die Hälfte des Lohns und verdienen so deutlich weniger.

### Unmenschliche Arbeitsbedingungen

Darum unterstützt der Solifonds, der von der SP mitgetragen wird, die Gewerkschaft der Teepflücker:innen, die Ceylon Workers Red Flag Union. Um den Druck auf die Regierung und die Unternehmen zu erhöhen,

organisierte die Gewerkschaft im Juni dieses Jahres ein Arbeiter:innentribunal: Vor drei Richter:innen aus Sri Lanka, Indien und Nepal legten die Teepflücker:innen Zeugnis ab von ihren katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen.

### Schockierte Richter:innen

Die Richter:innen waren schockiert von den Berichten. An die Adresse der sri-lankischen Regierung formulierten sie Empfehlungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Plantagenarbeiter:innen. Dazu zählen die Einführung eines Mindestlohns und ein Verbot von Praktiken, die den Arbeiter:innen den Mindestlohn verwehren. Gesamtarbeitsverträge müssen gesetzlich geschützt werden, damit sie nicht willkürlich von Unternehmen aufgekündigt werden können. Für die Arbeitsbedingungen müs-

sen Mindeststandards festgelegt werden, die unter anderem angemessene Arbeitszeiten, Pausen, sichere Sanitäreinrichtungen, sauberes Trinkwasser und medizinische Versorgung garantieren.

Der Solifonds unterstützt diese Empfehlungen und fordert mit einer Petition die Regierung Sri Lankas, das Arbeitsministerium sowie das Ministerium für Plantagenindustrie auf, die Empfehlungen rasch umzusetzen. Zudem unterstützt der Solifonds die Arbeit der Gewerkschaft vor Ort.

→ Mehr zur Situation der Teepflückerinnen hier: [www.teaworkers.ch](https://www.teaworkers.ch)



→ Am 2. September organisiert Movendo zusammen mit dem Solifonds ein Webinar zum Thema, mehr dazu auf Seite 19.





Valentin Humbel  
Präsident der  
JUSO Luzern

## «Unser Engagement für existenzsichernde Löhne geht weiter»

**Die JUSO-Initiative verlangte auf dem Gemeindegebiet der Stadt Luzern einen Mindestlohn von 22 Franken in der Stunde, umgerechnet also ca. 4000 Franken pro Monat bei einer Vollzeitbeschäftigung. «Links.lu» sprach mit Valentin Humbel, Präsident der JUSO Luzern.** Interview: Sebastian Dissler

**Lieber Valentin, wow, der Mindestlohn in der Stadt Luzern wird dank der JUSO Realität. Eine spezielle Geschichte war, wie er schlussendlich durchgekommen ist. Erzähl mal.**

Unsere Initiative «Existenzsichernde Löhne jetzt!» haben wir bewusst als ausgearbeiteten Entwurf lanciert. Damit konnten wir den ganzen Reglementtext nach unseren Vorstellungen definieren. Die benötigten 800 Unterschriften haben wir gesammelt und im April 2023 eingereicht. Knapp ein Jahr später nahm der Grosse Stadtrat, das kommunale Parlament der Stadt Luzern, das Anliegen an. Die Annahme eines ausgearbeiteten Entwurfs kam in den letzten 30 Jahren praktisch nie vor. Das Reglement unterstand nicht dem obligatorischen, sondern nur dem fakultativen Referendum. Heisst also, die Bürgerlichen waren am Zug mit dem Sammeln von Unterschriften für ein

Referendum, welches dann aber bekanntlich nicht zustande gekommen ist. Dieses Ende überraschte sehr. Umso schöner, dass der Mindestlohn nun definitiv beschlossen ist und knapp 3000 Personen konkret von Lohnerhöhungen profitieren.

**Wieso, denkst du, waren die Rechten nicht referendumsfähig?**

Das Referendum wurde von insgesamt 12 Parteien bzw. Wirtschaftsverbänden ergriffen, die Schlagkraft fürs Sammeln der 800 Unterschriften wäre da gewesen. Ich denke, keine Organisation wollte den Lead übernehmen und das Komitee unter ihrem Namen leiten. Klar, für unwürdige Löhne kämpft es sich nicht so leicht ... Leidenschaft und flammendes Engagement für solche Anliegen bei eigenen Mitgliedern und der Bevölkerung zu suchen, ist wohl schwierig ...

**Wie geht es jetzt mit dem Mindestlohn weiter?**

Unser Engagement für existenzsichernde Löhne geht natürlich weiter. Wir spüren einen sehr breiten Rückhalt in der Bevölkerung, auch über Parteigrenzen hinweg. Das wollen wir nutzen und nun Initiativen in weiteren Gemeinden im Kanton Luzern lancieren. Zuerst muss aber möglichst bald die Umsetzung und Einführung in der Stadt passieren.

**Hat die JUSO aktuell noch andere Projekte?**

In der Stadt setzten wir uns zum Beispiel mit einem Bevölkerungsantrag für einen attraktiveren und carfreien Schwanenplatz ein. Kantonal kämpfen wir mit der Initiative «Stimmrechtsalter 16» für mehr politische Mitbestimmung – und nicht zu vergessen: die Initiative für eine Zukunft der JUSO Schweiz, welche mit einer Erbschaftssteuer für Superreiche mehr Klimagerechtigkeit schafft. Langweilig wird uns also sicherlich nicht, trotzdem planen wir als JUSO Luzern schon bald wieder ein neues kantonales Projekt. Es bleibt spannend!

# Basel für Vereinbarkeit



Stefan Bringolf



Amina Trevisan



Melanie Nussbaumer



Chaim Howald

Wir haben sichtbar unseren Erfolg mit der Kita-Initiative gefeiert: an zwei Samstagen mit Wasserbällen vor Gartenbädern und an einem Samstag mit Glacen in Parks und an anderen öffentlichen Orten.

Dank der Kita-Initiative der SP Basel-Stadt zahlen Eltern ab dem neuen Schuljahr monatlich bis zu 1000 Franken weniger für einen Kita-Platz. Ende August werden erstmals die Rechnungen mit deutlich reduzierten Beträgen verschickt. Damit bleibt den Familien mehr Geld im Portemonnaie.

Bisher war der Kita-Platz für viele Eltern im Kanton Basel-Stadt eine grosse finanzielle Belastung. Dies führte oft dazu, dass insbesondere Frauen ihre berufliche Tätigkeit ganz oder teilweise aufgaben, was langfristig zu tieferen Löhnen und Renten führt. Durch die finanzielle Entlastung stärken wir die Kaufkraft und verbessern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Mit der Reduktion der Kita-Kosten leisten wir einen bedeutenden Beitrag zur Gleichstellung. Es ist ein grosser Schritt in Richtung einer familienfreundlichen Gesellschaft.

Dank einem guten Gegenvorschlag tritt die Kita-Initiative bereits jetzt in Kraft. Unterschriften für sie gesammelt haben wir während der Pandemie (2020–2021).

Darauf können wir als SP Basel-Stadt stolz sein. Um diesen Durchbruch mit der ganzen Bevölkerung zu feiern, gab es verschiedene Aktionen: Wir haben Wasserbälle («Wir bleiben am Ball») und Glacen verschenkt und einen Brief an alle Einwohner:innen versendet, um auf diesen riesigen Erfolg aufmerksam zu machen.

## Vereinbarkeit: Mehr als Beruf und Familie

Oft wird der Begriff Vereinbarkeit verkürzt für die spezifische Vereinbarkeit von Beruf und Betreuung der eigenen Kinder verwendet. Auch wir in der SP nutzen ihn häufig so, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Kita-Initiative. Doch Vereinbarkeit kann viel

mehr bedeuten. Im Folgenden versuchen wir, die Perspektive zu öffnen – wir haben über mögliche politische Forderungen nachgedacht, die alle angehen.

## 1. Vereinbarkeit von Arbeit und politischem und gesellschaftlichem Engagement

Für viele, insbesondere für politisch aktive und gesellschaftlich engagierte Menschen, stellt sich die Frage, wie sich Beruf und Engagement vereinbaren lassen. Menschen finden die Zeit und Energie für Engagements wie Nachbarschaftshilfe, Mitarbeit in einem Verein oder einer Partei meist nur dann, wenn die Erwerbs- oder Familienarbeit sie nicht vollständig erschöpft. Dafür brauchen wir flexible Arbeitszeitmodelle, die politisches und anderes Engagement erleichtern. Arbeitgebende sollten politische Teilhabe fördern

# – für wen und von was?



und nicht behindern. Als SP fordern wir, dass unbezahlte Arbeit – sei es in der Care-Arbeit, in Vereinen oder in der Politik – gesellschaftlich und finanziell stärker anerkannt und aufgewertet wird. Engagement ist ein zentraler Pfeiler unserer Demokratie und des sozialen Zusammenhalts. Aber auch als Partei sind wir gefragt, beispielsweise unsere Sitzungszeiten und Ämter so zu gestalten, dass sie vereinbar sind mit den Verpflichtungen, die mit vielfältigen Lebensmodellen einhergehen können.

## 2. Vereinbarkeit von Arbeit mit Selbstverwirklichung, Selbstfürsorge und sozialen Beziehungen

In einer leistungsorientierten Gesellschaft wird oft die Frage vernachlässigt, wie Menschen ihre Freizeit gestalten und persönliche Erfüllung finden können. Arbeit, Familie, Freundschaften, Hobbys und Selbstfürsorge in Einklang zu bringen, ist für alle, nicht nur für Eltern, ein wichtiges Ziel. Wir müssen darauf drängen, dass Arbeitszeitverkürzungen und Sabbaticals für alle zugänglich werden, um Raum für persönliche Entwicklung und Raum für sich selbst zu schaffen. Ein guter Zugang zu Weiterbildungsmöglichkeiten in allen Lebensphasen ist ebenfalls entscheidend für die Selbstverwirklichung.

Für viele Menschen gehört zu einem guten, erfüllten Leben das Geniessen von Kultur und körperlicher Bewegung. Als SP setzen wir uns dafür ein, dass Basel eine vielfältige Kulturstadt ist, mit Angeboten mit einem breiten Kulturverständnis – für alle attraktiv, zugänglich und bezahlbar. Wir setzen uns ein

für eine Infrastruktur, welche es allen Altersgruppen ermöglicht, sich zu erschwinglichen Preisen sportlich zu betätigen.

Ohne eine gerechte Verteilung der unbezahlten Care-Arbeit bleibt die Selbstfürsorge und Selbstverwirklichung für Menschen, die Betreuungsarbeit leisten, in unserer Gesellschaft auf der Strecke. Deshalb muss weiterhin Teilzeitarbeit, insbesondere für Männer, gefördert und gesellschaftlich stärker anerkannt werden.

Wir ergreifen Partei für Rahmenbedingungen, die es Menschen ermöglichen, soziale Beziehungen zu pflegen und Einsamkeit vorzubeugen.

## 3. Vereinbarkeit von Arbeit und Gesundheit

Immer mehr Menschen werden krank aufgrund von schlechten oder stressigen Arbeitsbedingungen. Berufsbedingte Krankheiten und psychische Belastungen nehmen zu. Um dem entgegenzuwirken, braucht es gute, sichere Arbeitsplätze, griffige Arbeitsgesetze und eine verstärkte Gesundheitsprävention. Als SP fordern wir, dass Arbeitgebende verpflichtet werden, die Gesundheit ihrer Mitarbeitenden aktiv zu schützen und zu fördern. Und wir müssen weiterhin dranhängen an der Forderung für eine generelle Reduktion der Arbeitszeit für alle, um die Belastungen zu mindern. Die Wichtigkeit ausreichender Erholungszeit darf nicht unterschätzt werden. Darüber hinaus setzen wir uns für den Ausbau des Mindestlohns ein, damit alle ein gesundes und sicheres Leben führen können.

## BRING DEIN ANLIEGEN ZUR VEREINBARKEIT EIN!

Als Vorkampagne für den ursprünglich geplanten Abstimmungskampf zur Kita-Initiative gab es seit mehr als einem Jahr einen Newsletter namens «Kita-Eltern». Damit wollten wir die direkte Zielgruppe abholen. Inzwischen haben wir den Newsletter umbenannt zu «Basel vereinbar», und die zugehörige Website heisst nun «Basel für Vereinbarkeit». Dort könnt ihr euch für den Newsletter eintragen und Anliegen zur Vereinbarkeit in jeglichen Belangen für Basel-Stadt vorbringen.

[www.basel-vereinbar.ch](http://www.basel-vereinbar.ch)

## KAMPAGNENGRUPPE «BASEL FÜR VEREINBARKEIT»



Claudio Miozzari



Barbara Heer



Melanie Nussbaumer



Beda Baumgartner

## Fazit

Vereinbarkeit steht für das Streben nach einem ausgewogenen, erfüllten Leben, das alle Dimensionen des Menschseins berücksichtigt. Unsere Aufgabe als sozialdemokratische Partei ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die dies für alle Menschen ermöglichen – auch wenn sie z. B. Schicht arbeiten, alleinerziehend sind oder in Rente. Wir müssen uns für eine Politik einsetzen, die allen Menschen ein Leben in Balance und Würde ermöglicht, frei von Erschöpfung und existenziellen Sorgen.



# Wohnraum schützen und Airbnb stoppen

**Die SP will im Berner Oberland das wuchernde Airbnb-Geschäft wirksam einschränken. Die Partei hat dazu Volksinitiativen in fünf Gemeinden in der Region Interlaken lanciert.** Jürg Müller-Muralt, SP Bödéli-Jungfrau

Airbnb-Kurzzeitvermietungen boomen weltweit – und verursachen immer mehr Probleme. Dauermieterinnen und -mieter werden in grosser Zahl aus ihren Wohnungen verdrängt. So global das Problem, so global der Widerstand: New York zum Beispiel hat die Schraube derart stark angezogen, dass Airbnb in der bisherigen Form faktisch verboten ist. Auch in Wien, in den grossen deutschen Städten, in Barcelona und vielen anderen Grossstädten und Tourismus-Hotspots haben die Behörden den Kampf gegen die Kurzzeitvermietungen aufgenommen.

In der Schweiz floriert das Geschäft mit Airbnb ebenfalls. Gegenüber dem Vorjahr beträgt der Zuwachs satte 30 Prozent. Im Wachsen begriffen ist jedoch auch der Widerstand. Im Berner Oberland hat sich die SP an die Spitze des Kampfes gegen dieses verheerende Geschäftsmodell gestellt. Doch nicht nur die SP, auch Firmen und touristische Unternehmen beklagen zunehmend, dass in der Region Interlaken kaum mehr bezahlbarer Wohnraum für ihre Mitarbeitenden zu finden ist. Denn mit der Verknappung von Wohnraum steigen die Mietzinse auch für langfristige Vermietungen. Mit kurzzeitigen

Plattformvermietungen kassieren die Anbieter nochmals – oft vier- bis fünfmal mehr – als bei regulär vermieteten Wohnungen.

## Nur noch 90 Nächte pro Jahr

Bisher hat man auf diese Fehlentwicklung nur mit zahmen Regulierungen reagiert. Die kürzlich beschlossenen Massnahmen etwa in Interlaken und Unterseen sind wenig wirksam. Die SP greift nun zu schärferen Methoden. Die Ende Mai 2024 gleichzeitig in Interlaken, Matten, Unterseen, Bönigen und Wilderswil lancierten Volksinitiativen verlangen, dass Wohnungen höchstens 90 Nächte pro Jahr kurzzeitig vermietet werden dürfen. Mit der 90-Tage-Regelung würde der so erzielte Jahresertrag auf jenen eines langfristigen Mietverhältnisses gesenkt, was Kurzzeitvermietungen und die damit verbundene Umnutzung von bestehendem Wohnraum weniger attraktiv macht und dementsprechend reduziert. 90-Tage-Regelungen gibt es bereits in den Kantonen Genf, Waadt und Tessin. Die Stadt Luzern hat ebenfalls eine solche beschlossen. Die Luzerner Lösung geht auf eine SP-Initiative zurück, die auch die Initiativen im Raum Interlaken inspiriert hat. Die Beschränkung auf 90 Nächte

wurde im Falle von Genf vom Bundesgericht höchststrichlerlich abgesegnet.

## Oberländer Ferienwohnungstradition wird respektiert

Wer im eigenen Haus eine Ferienwohnung, ein Studio oder ein einzelnes Gästezimmer zu vermieten hat, ist von der Initiative ausdrücklich nicht betroffen. Diese Vermietungsform hat in vielen Teilen der Schweiz eine lange Tradition und führt für viele Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzer zu einem willkommenen Zusatzeinkommen. Das soll so bleiben. Vermieterinnen und Vermieter, welche ganzjährig im gleichen Haus oder in der gleichen Wohnung leben, sollen weiterhin bis zu fünf Betten vermieten dürfen.

## VOLKSINITIATIVEN IN FÜNF GEMEINDEN

Die gleichlautenden Volksinitiativen in den fünf Gemeinden Interlaken, Matten, Unterseen, Bönigen und Wilderswil dürfen nur von den in der entsprechenden Gemeinde stimmberechtigten Personen unterschrieben werden. Unterschriftenbögen können für jede der fünf Gemeinden unter folgendem Link bezogen werden: [spboedeli.spbe.ch/positionen](https://spboedeli.spbe.ch/positionen)

# Hinter den Kulissen von Meyer:Wermuth

**Der wöchentliche Podcast von Mattea Meyer und Cédric Wermuth hat sich in den letzten eineinhalb Jahren zur festen Grösse in Polit-Bern gemauert. Doch wie entsteht jede Woche eine neue spannende Folge? Produzent Flavien Gousset zeigt, wie es hinter den Kulissen zu- und hergeht.** Flavien Gousset

Mehr als 6000 Menschen hören und sehen Mattea und Cédric jede Woche zu, wenn die beiden bei Meyer:Wermuth die wichtigsten politischen Entwicklungen der vorhergegangenen Tage einordnen. Der Podcast, der ursprünglich als halbjähriger Versuch angelegt war, ist mittlerweile bereits bei seiner 90. Folge angelangt. In diesem Artikel nehme ich euch mit hinter die Kulissen der wöchentlichen Produktion.

## Die Vorbereitung

Beginnt meist am Sonntag. Meistens mit einer Chat-Nachricht von Cédric, in der er zwei hervorragende Themenvorschläge macht und einen, den wir anderen ihm erfolgreich wieder ausreden. Aber immer wieder ist es auch Mattea, die bereits am Samstagabend eine klare Sicht hat und Vorschläge macht, worüber am Montag diskutiert werden könnte. Und wenn vom Co-Präsidium für einmal nichts kommt, dann sind es Florin Schütz oder ich, die in unserer Rolle als Podcast-Produzenten das

→ Hier findest du die neueste Ausgabe und kannst auch gleich den Newsletter abonnieren, damit du keine Folge verpasst: [sp-ps.ch/video/mw90](https://sp-ps.ch/video/mw90)



Auswahlverfahren ins Rollen bringen. Die Erfahrung von 90 Folgen zeigt: Entweder gibt es weit mehr als drei Themen, die wir unbedingt (!) diskutieren müssten, oder aber kein einziges genügend relevantes Ereignis weit und breit. Entsprechend kommt es auch mal vor, dass wir uns erst am Montag, fünf Minuten vor Drehbeginn, einig werden.

## Der Dreh

Findet im eigens dafür gebauten, aber mittlerweile vielfältig genutzten Studio beim Bahnhof Bern statt. Meinungen zum ganz in Holz gehaltenen Raum (laut Tages-Anzeiger wird sich «der Schreinereiverband noch mit einem Dankeschreiben melden») gibt es übrigens seit der ersten Folge ähnlich viele wie zu den besprochenen Inhalten: Von «der Raum ist katastrophal langweilig» bis hin zu «als Architekt finde ich den Raum, seine Schlichtheit und das Zusammenspiel mit den dezenten Farben Eurer Kleider richtig gut und angenehm» ist alles dabei. Während Cédric und Mattea in die-

sem umstrittenen Ambiente (ergänzt durch ein paar Blumen, die Florin und ich jeden Montag zum Start in die Woche einkaufen gehen dürfen) die Aktualität besprechen, schneiden wir live zwischen den fünf auf sie gerichteten Kameras hin und her. Abgesehen vom Intro, das wir meist mehrmals drehen müssen, weil Cédric das Datum vergessen hat oder Mattea einen Lachanfall kriegt, wird die rund halbstündige Sendung fast immer ohne Unterbrüche aufgenommen.

## Die Nachbereitung

Geht mittlerweile ziemlich schnell, die Routine macht einiges aus. Ton optimieren, Videoschnitt überarbeiten, Intro und Outro einfügen, Vorschau bild gestalten, Publikationstexte schreiben, hochladen auf Spotify, Apple Podcasts, Youtube und auf die Website der SP Schweiz. Sobald das gemacht ist, suchen wir uns noch ein, zwei Sequenzen raus, die wir in den sozialen Medien alleinstehend verwenden können, und verschicken das Erinnerungs-Mail von Cédric und Mattea an alle, die den wöchentlichen Meyer:Wermuth-Newsletter abonniert haben. Falls du das noch nicht gemacht hast: Das war eine Einladung! Bis am nächsten Montag.

# Schluss mit Klassenkampf von oben!

**Längst verhindert die Schuldenbremse jede sinnvolle Diskussion über Zukunftsprojekte, von denen alle profitieren würden – etwa tiefere Krankenkassenprämien oder Kita-Plätze für Familien. Am Parteitag in Davos diskutieren wir darum über ein Positionspapier zu einer neuen Finanzpolitik, die die Kaufkraft und die soziale Gerechtigkeit stärkt.**

Inzwischen ist das «Spiel» altbekannt. Bürgerliche Finanzminister:innen warnen mit Schreckensszenarien vor dem angeblich drohenden Untergang des Bundeshaushaltes. Daraufhin werden Abbaupakete geschnürt und geplante Projekte eingefroren. Meist erwies sich das in den letzten Jahren als Panik auf Vorrat. So auch dieses Jahr: Von der ursprünglichen angeblichen Finanzlücke von fünf Milliarden Franken ab dem Jahr 2027 ist inzwischen noch knapp die Hälfte übrig, weil sich alle Zahlen besser entwickelt haben. Gleiches gilt, wie allgemein bekannt, auch für die AHV-Finzen. Die Situation ist mittlerweile derart absurd, dass sogar bürgerliche Ökonom:innen vor zu tiefen Schulden warnen statt vor zu hohen. Trotzdem hält die Rechte verbissen an ihren Abbauplänen fest. Warum eigentlich?

Die Antwort liegt auf der Hand: Es ging und geht nicht um eine vernünftige Finanzpolitik, sondern um Klassenkampf von oben. Steuerensenkungen sorgen dafür, dass sich das Kapital Schritt für Schritt aus der Verantwortung ziehen kann. Bezahlen darf das die Bevölkerung, indem beispielsweise die indirekte Belastung über die Mehrwertsteuer steigt. Die Schuldenbremse ihrerseits wirkt vor allem als Abwehrdispositiv gegen Forderungen für mehr Service public, Klimaschutz und Gleichstellung.

## Wer nicht hat, dem wird auch nicht gegeben

Gerade Letzteres ist kein Zufall: Die Schuldenbremse wurde unter anderem genau deswegen eingeführt. Die Erstarkung der feministischen Bewegung nach Einführung des Frauenstimmrechts führte zu neuen



Cédric Wermuth  
Nationalrat AG, Co-Präsident  
der SP Schweiz



Tamara Funicello  
Nationalrätin BE

Forderungen nach dem Ausbau des Sozialstaates. Die Schuldenbremse erlaubt es, die Abneigung gegen mehr öffentlich finanzierte Kita-Plätze oder die Anerkennung der Care-Arbeit hinter pseudoökonomischen Argumenten zu verstecken.

Eine Studie der Anny-Klawamorf-Stiftung zeigt sehr klar, wie stark in den letzten Jahren das Kapital auf Kosten der Arbeit entlastet wurde. So nimmt die Ungleichheit auch in der Schweiz zu. Profiteure sind grosse Vermögen und Unternehmen, die sich nur ungenügend an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beteiligen.

## Steuererhöhungen auf Kapital sind nötig

Für die SP ist klar, dass wir nicht bereit sein werden, zum Zweck eines ideologiegetriebenen Gleichgewichts im Staatshaushalt einen Abbau von Dienstleistungen für die Bevölkerung mitzutragen. Schon gar nicht, wenn die aktuell noch beste-

henden Lücken in den Finanzplänen vor allem auf den planlosen Ausbau der Armeefinzen zurückzuführen sind.

Zweitens muss das Tabu der Steuererhöhungen für das Kapital fallen. Die Schweiz kann sich eine gut ausgebaute Gleichstellungsinfrastruktur, mehr Klimaschutz und eine Stärkung der Kaufkraft leisten, wenn sich alle beteiligen.

Und drittens braucht die Schuldenbremse dringend eine Modernisierung. Studien zeigen, dass nur schon eine moderate Anpassung über 15 Milliarden Franken frei machen würde für neue Investitionen bis 2030.

Die SP will am Parteitag in Davos mit dem Positionspapier klar aufzeigen, dass wir nicht mehr gewillt sind, diese bürgerliche Finanzpolitik auf Kosten der Allgemeinheit mitzutragen. Das finanzpolitische Grundsatzzpapier «Klassenkampf von oben beenden» bildet die Diskussionsgrundlage. Wir freuen uns auf die Debatten!

→ Das Finanzpapier sowie alle weiteren Unterlagen zum Parteitag findest du hier: [sp-ps.ch/de/davos2024](https://sp-ps.ch/de/davos2024)

## AUF ZUM PARTEITAG NACH DAVOS!

Am Parteitag vom 26./27. Oktober in Davos wird es spannend. Wir werden gleich zwei Positionspapiere zur Diskussion stellen: «Arzneimittelkrise: SP fordert Public-Pharma-Strategie» und «Klassenkampf von oben beenden, Zukunftsbremse lösen: eine Finanzpolitik für Kaufkraft, soziale Gerechtigkeit und Zukunft». Aus statutarischer Sicht stehen die Wahlen des Präsidiums sowie der zehn frei gewählten Mitglieder des Parteirats an.

Wir freuen uns sehr auf diesen zweitägigen Parteitag, die bevorstehenden Debatten und das legendäre Parteitagfest am Samstagabend mit zahlreichen Genoss:innen aus der ganzen Schweiz.

Die Anmeldefrist läuft bis zum 11. September – hier kannst du dich anmelden:  
→ [sp-ps.ch/de/davos2024](https://sp-ps.ch/de/davos2024)



# Augenschein der Alpensozis im Engadin



Genoss:innen aus Bergregionen treffen sich regelmässig zum Austausch – dieses Jahr im Engadin.

**Der traditionelle Jahresausflug der Alpensozis führte Ende Juni ins Oberengadin. Dort sahen die Genoss:innen aus den Bergregionen mit eigenen Augen, welche Themen die Menschen vor Ort beschäftigen.** Monika Baumgartner, Präsidentin SP Prättigau

Gastgeberin Franziska Preisig, Co-Präsidentin der Sektion Oberengadin/Bergell und Grossrätin, hatte das Programm sorgfältig zusammengestellt: Am Samstagmorgen ging es los mit einer Führung zu den Kreuzottern in der renaturierten Flusslandschaft des Inns in Bever. Die Auenlandschaft bietet heute vielen Pflanzen- und Tierarten wie dem Regenpfeifer oder der Äsche wertvollen Lebensraum. Gleichzeitig schützt sie die Menschen im Tal vor Hochwasser.

## Zweitwohnungen sind wieder ein Problem

Zweite Station der Reise war Muotatas Muragl. Beim Mittagessen auf der Terrasse erklärte Franziska, warum die Annahme der Zweitwohnungsinitiative – für die sie sich persönlich starkgemacht hatte – hier am Ende kontraproduktiv war: Die Gemeinden des Oberengadins hatten sich

bereits Jahre zuvor durchgerungen, dem Bau von Zweitwohnungen Grenzen zu setzen und Wohnraum für Einheimische zu schützen. Viele Gemeinden schrieben in ihren Bauordnungen einen obligatorischen Erstwohnungsanteil von 30 bis 50 Prozent vor. Bei der Umsetzung des Zweitwohnungsgesetzes wurde die Gelegenheit genutzt, diese Errungenschaften zunichte zu machen.

Die Aussicht war an diesem Tag zwar getrübt vom Saharastaub, trotzdem konnte man von der Terrasse aus in die Val Roseg sehen, wo die Folgen des Bergsturzes von Mitte April 2024 erkennbar waren: Meterhoch versperrt Geröll den Zugang zum beliebten Ausflugsziel Lej da Vadret.

## Schutzwald in Gefahr

Nach dem Zmittag wanderte die Gruppe auf dem Höhenweg Richtung Alp Languard, entlang den steilen

Hängen oberhalb von Pontresina. Der Wald bietet dort einen natürlichen Schutz gegen Lawinen oder Murgänge. Doch heftige Stürme, zuletzt Ende Oktober 2018, haben ihm stellenweise stark zugesetzt.

Um Pontresina zusätzlich vor Lawinen oder Murgängen zu schützen, wurde im Tal ein grosser Wall gebaut, wo man im Frühjahr der bekannten Steinbockherde begegnet. Dieses Jahr schlich zeitgleich ein Wolf um die oberen Häuser von Pontresina. Doch im Engadin war das keine Schlagzeile wert.

→ Melde dich bei [sekretariat@spschweiz.ch](mailto:sekretariat@spschweiz.ch), wenn du in einem Bergkanton lebst und auch mittun möchtest – du bist herzlich willkommen.

→ Zum ausführlichen Bericht und zur Bildstrecke geht es hier lang: [sp-praetigau.ch/augenschein-im-engadin](http://sp-praetigau.ch/augenschein-im-engadin)





# Überraschende Pasta

**Koch Manuel Rüesch hat mit zwei Kollegen das altehrwürdige «Cave du Luc» in Baden zu neuem Leben erweckt und bietet da neue kulinarische Kreationen an. Fürs «links» zeigt er, wie Pasta klimafreundlich zubereitet wird und überraschend schmeckt – gewusst, wie.** Pia Wildberger

Der Weg zu klimafreundlichem Essen führt in der Badener Altstadt in der Mittleren Gasse zunächst durch eine unscheinbare Türe, dann die Treppe runter, vorbei an der offenen Küche und dekorativen Pflanzen – und endet im stilvollen Kellergewölbe des «Cave du Luc». Hier sind SP-Mitglied Manuel Rüesch und zwei Kollegen seit Ende letztes Jahr Gastgeber und tischen gediegene gutbürgerliche Gerichte und lokale Weine auf. Auf wenigen Quadratmetern zaubern die Köche, die das Handwerk bei Sternekoch Harry Pfändler gelernt haben, kulinarische Köstlichkeiten auf den Tisch. Fünf Hauptgänge stehen jeweils auf der Menükarte, mindestens zwei davon sind vegetarisch oder vegan, beispielsweise grillierter Blumenkohl oder Feigen-Ravioli mit Frühlingszwiebeln.

## Beste Zutaten

Was macht die Küche klimafreundlich? Die Karte ändern die Gastronomen nicht wie andere Restaurants alle paar Monate zu einem festen Zeitpunkt, sondern sie «schleichen» Gerichte aus und setzen neue nach Lust und

Saison auf die Karte. «So müssen wir nicht Spargeln anbieten, wenn das Gemüse regional fast nicht mehr erhältlich ist», sagt Manuel Rüesch. Denn die beiden Köche legen grossen Wert auf beste Zutaten – und das ist saisonales Gemüse, das keine lange Reise hinter sich hat.

«Food Waste gibt es bei uns fast nicht», sagt Manuel Rüesch und verweist auf die Portionengrösse. «Lieber offerieren wir den Gästen einen Nachschlag, als Essen fortzuwerfen.» Und gewisse Gerichte «hat es, so lange es hat». Wenn die beiden zum Beispiel Onsen-Eier anbieten, die eine Stunde lang im Wasser gezogen werden müssen, «dann haben wir eine bestimmte Anzahl vorbereitet – und wenn mehr Bestellungen eingehen, bieten wir dem Gast eine Alternative an».

## Pasta, mal anders

Fürs «links» hat Manuel Rüesch ein besonders klimaschonendes Rezept ausgetüftelt, das energieschonend als Eintopf zubereitet wird: «Pasta Retour», die wie Risotto im Topf gebraten und dann langsam al dente gekocht wird.

Der Gorgonzola aus dem Tessin gibt dem Gericht eine besondere Note. Wer lieber vegan isst, lässt den Käse weg – auch so schmecken die Fusilli überraschend aromatisch und fein. Zum Nachkochen wärmstens empfohlen – buon appetito!

→ **Cave du Luc, Mittlere Gasse 10, Baden**  
[www.cave-du-luc.ch](http://www.cave-du-luc.ch)

## DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Essen ist politisch. Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein Teil der Ernte im Abfall. Am meisten Food Waste fällt in Privathaushalten an.

Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir kochen, damit wir unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoss reduzieren? Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.





## Pasta Retour

Für 4 Personen

### Zutaten

- 2 Schalotten
- 2 Knoblauchzehen
- 400 g Fusilli-Teigwaren
- 1 dl Rotwein
- ca. 1,5 l Gemüsebouillon
- Getrocknete Kräuter nach Belieben (Rosmarin, Thymian etc.)
- 140 g in Öl eingelegte Dörrtomaten, in Streifen geschnitten
- 160 g Spinat frisch (gewaschen)
- 120 g Gorgonzola
- 100 g Baumnüsse geröstet

### Zubereitung

1. Schalotten fein hacken und Knoblauch durch die Presse drücken, in Olivenöl dünsten.
2. Fusilli zugeben und kurz mitdünsten.
3. Mit Rotwein ablöschen, etwas reduzieren und anschliessend mit Bouillon knapp bedecken. Getrocknete Kräuter zugeben.
4. Auf mittlerer Stufe köcheln lassen und immer wieder etwas Bouillon nachgiessen, bis sie von der Pasta komplett aufgesogen und diese al dente ist.
5. Gorgonzola in 1 cm grosse Würfel schneiden, Baumnüsse in Bratpfanne kurz anrösten.
6. Dörrtomaten und Öl sowie Spinat zur Pasta geben, unterrühren und abschmecken.
7. Pasta auf Teller servieren und mit Gorgonzola und gerösteten Baumnüssen garnieren.

# Kein Frieden ohne die Frauen

**Sie prägte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Diskussionen zu Pazifismus und Feminismus mit: Clara Ragaz-Nadig. In einer Wanderausstellung zum 150. Geburtstag wird nun ihr Wirken gewürdigt.**

Pia Wildberger

Dieses Jahr wäre sie 150 Jahre alt geworden: Clara Ragaz-Nadig, Pazifistin, Feministin und Sozialdemokratin. Die bedeutende Kämpferin für Frieden, Abrüstung und die Rechte der Frauen war Vizepräsidentin der «Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit», deren Schweizer Sektion sie 1915 mitgegründet hatte und bis 1946 präsidierte. Sie wird mit ihrem Schaffen dieses Jahr unter anderem in einer Wanderausstellung geehrt.

Clara Ragaz war überzeugt, dass ohne Frauenrechte kein Frieden geschaffen werden kann. An der ersten Friedenskonferenz der Frauenliga nach dem Ersten Weltkrieg, die sie 1919 in Zürich initiierte und mitorganisierte, forderten rund 100 Frauen aus Europa und den USA die sofortige Abrüstung, die Abschaffung des obligatorischen Militärdienstes, demokratische Wahlen, das Ende von Kinderarbeit und das Wahl- und Stimmrecht für Frauen. Die Frauen fanden kaum Gehör. Doch die Bewegung gewann an Bedeutung. 1934 existierten in der Schweiz 14 Sektionen der Frauenliga mit rund 600 Mitgliedern.

### Petitionen mit Wirkung

Clara Ragaz stammte ursprünglich aus einer gutbürgerlichen Familie in Chur, hatte das Lehrerinnen-Seminar in Aarau besucht und in Frankreich und England unterrichtet. In Zürich heiratete sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Theologen Leonhard Ragaz. Ab den 1920er-Jahren führten die beiden in Zürich Ausser-sihl ein offenes Haus, in dem neue Ideen diskutiert wurden, aber auch Flüchtlinge Unterschlupf fanden.

Damals wurden viele Menschen über Vorträge und Unterschriftensammlungen sensibilisiert. So unterstützte die Frauenliga mit anderen 1923 eine Zivildienst-Petition, die mit 40 000 Unterschriften dem Nationalrat eingereicht wurde (1992 wurde der Zivildienst Realität). Anfang der 1930er-Jahre stammten über 300 000 Unterschriften einer weltweiten Unterschriftensammlung für allgemeine und totale Abrüstung aus der Schweiz, gesammelt von der Frauenliga. Doch diese Anliegen hatten es in den 1930er-Jahren zunehmend schwerer, viele Länder rüs-



Clara Ragaz-Nadig (1874 – 1957)

teten auf. Als die SP 1935 dann der militärischen Landesverteidigung zustimmte, traten Clara und Leonhard Ragaz aus der Partei aus. Clara Ragaz blieb bis nach dem Zweiten Weltkrieg Präsidentin der Schweizer Sektion der Frauenliga für Frieden und Freiheit.

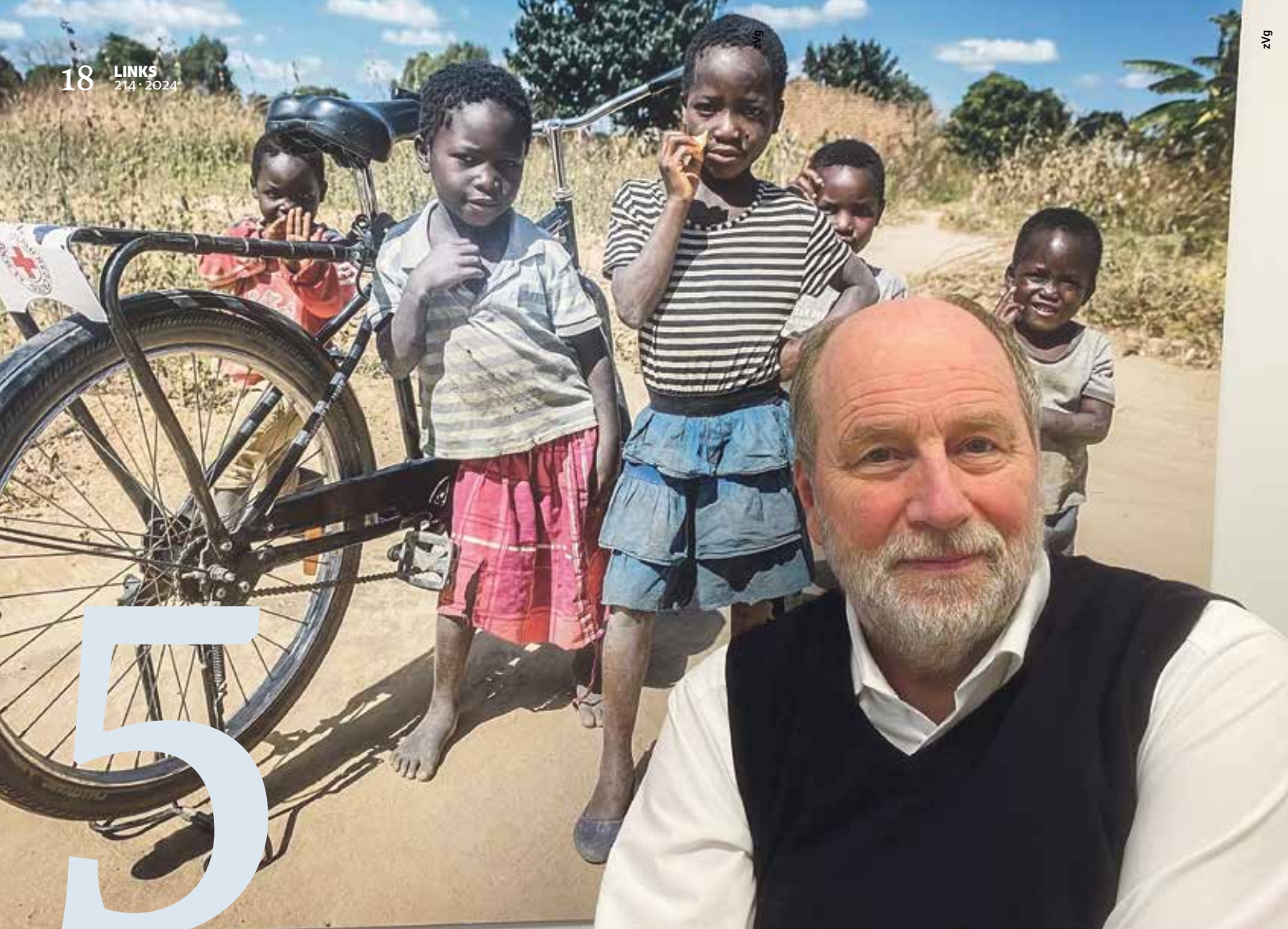
### «Eine andere Welt ist möglich»

Mit ihrem Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit inspiriert Clara Ragaz bis heute viele Menschen. Die Ausstellung «hoffen.kämpfen.lieben – 150 Jahre Clara Ragaz» ist im Herbst in Ilanz und Zürich zu sehen. Sie zeigt, wie auch in hoffnungslosen Zeiten eine andere Welt möglich ist.

→ Die genauen Ausstellungsdaten und -orte finden sich hier:

[www.hopefightlove.ch](http://www.hopefightlove.ch)





## Fragen an

## Thomas Gurtner 67, Consultant im Dienst humanitärer und internationaler Organisationen.

### Warum bist du der SP beigetreten?

Ich lebe noch nicht lange in der Schweiz. Ich bin zwar hier geboren, habe aber fast mein ganzes Leben im Ausland verbracht, zuerst als IKRK-Delegierter und Koordinator für humanitäre Aktionen der UNO und später für die Rotkreuzbewegung. Nach der Pensionierung wollte ich mich weiter engagieren. Ausschlaggebend für den Beitritt war jedoch die Menschlichkeit, die Mattea Meyer und Cédric Wermuth immer wieder zeigen. Dass sie die Würde des Individuums ins Zentrum setzen und man den Menschen sieht. Auch dass die Partei von jungen Leuten geführt wird, gefällt mir gut. Gleichzeitig sind auch viele Ältere dabei. Das diverse Publikum, viele Migrant:innen, das Polyvalente – das alles spricht mich an.

### Möchtest du dich in der Partei einbringen?

In der Politik sehe ich mich eher als Supporter und verteile Flyer oder helfe bei Standaktionen mit. Meine Fachkompetenz würde ich gerne einbringen, doch bis jetzt fehlte mir auch die Zeit für ein entsprechendes Engagement. Ich hatte noch bis Ende Juni ein Mandat des Roten Kreuzes in Palästina.

### Was hast du in Palästina gemacht?

Ich war als Sonderbeauftragter zur Unterstützung des palästinensischen Roten Halbmonds im Westjordanland, in Beirut und Kairo tätig. Nach Gaza konnte ich nicht reisen. Wichtig war die moralische Unterstützung der Menschen. Der Rote Halbmond hat im Gazastreifen Dut-

zende von Freiwilligen, Mitarbeitern und Ambulanzfahrern verloren. Die Medien berichten, wenn internationale Helfer im Dienst umkommen. Wenn beim Roten Kreuz lokale Mitarbeiter sterben, erfahren wir hier nichts. Viele Menschen in Palästina stecken in einer verständlichen No-Future-Verzweigung. Hier kommt die Rothalbmond-Bewegung ins Spiel und bietet Unterstützung an, damit die Weichen für den Wiederaufbau gestellt werden können.

### Hast du Hoffnung auf Frieden?

Es braucht eine politische Lösung. Die ist fern. Ich will nicht polemisieren, aber weder die israelische Führung noch die Hamas scheinen ein grosses Interesse daran zu haben. Um es mit dem amerikanischen Senator Charles Schumer zu sagen: «So lange Benjamin Netanyahu da ist, wird es keinen Frieden geben.» Aber es braucht viel mehr als einen neuen Premierminister. Auf der einen Seite sind die Palästinenser total traumatisiert. Und auf der israelischen Seite gibt es eine enorme Verhärtung der Fronten. Eine offene Opposition zum Krieg ist in Israel sehr schwierig geworden.

### Konntest du etwas bewirken?

Der Einsatz war extrem herausfordernd, doch vielleicht konnten wir den einen oder anderen kleinen Unterschied machen, indem wir dem Präsidenten des palästinensischen Roten Halbmonds und seinen Generaldirektoren mit Rat und Tat beigestanden sind.

# MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

## Kompetent und aktiv in der Personalkommission

Aktuelle Kurse für Mitglieder von Personalvertretungen – alle Angebote können auch massgeschneidert bestellt werden!

## Webinar – kostenlos:

### Teeplücker:innen klagen an – Tribunal für menschliche Arbeitsbedingungen in Sri-Lanka

2. September 2024, 19.30–21 Uhr, online, Schauplatz Sri-Lanka: Arbeiter:innen von Teeplantagen führen im Juni 2024 ein selbstorganisiertes Tribunal durch. Angeklagt sind die Plantagenbesitzer, die für die unmenschlichen Arbeitsbedingungen verantwortlich sind. Im Webinar wird anhand von Ausschnitten aus Aufnahmen des Tribunals diese ungewöhnliche Form des Kampfes beleuchtet. *Siehe Artikel Seite 8.*

## Gesund trotz Schichtarbeit – asa

Kurs Nr. D2.2.2404  
26. September 2024 in Bern  
Unregelmässige Arbeits- und Ruhezeiten sind ungesund. Deshalb müssen Betriebe mit Schichtarbeit strenge gesetzliche Vorgaben einhalten. In diesem Kurs lernen Mitarbeitende und Vorgesetzte, mit Schichtarbeit besser umzugehen. Dazu gehören Tipps für besseren Schlaf und gesunde Ernährung, aber auch Massnahmen für eine optimierte Arbeitszeitorganisation.

## Erwerbsarbeit und Renten aus Frauensicht

Kurs Nr. D2.3.2408  
2. Oktober 2024 – online  
Besonders Frauen mit Familie unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit und arbeiten oft Teilzeit.

Dies wirkt sich bei den Renten schmerzhaft aus. Worauf können Frauen achten, um im Alter besser abgesichert zu sein? Wo kann die Politik ansetzen und welches sind die gewerkschaftlichen Strategien, um Frauen vor Altersarmut zu schützen?

## Pensionskassen – Kurse für Mitglieder von Stiftungsräten

Kurs Nr. D1.3.2402  
Basiskurs: 28.–29. Oktober 2024 in Bern; Kurs Nr. D1.3.2404  
Aufbaukurs: 18.–19. November 2024 in Bern  
Die Vertretung der Arbeitnehmenden in den Pensionskassen beinhaltet viel Verantwortung und Einflussmöglichkeiten. Die Kurse vermitteln die wichtigsten Grundlagen für diese Aufgabe und nehmen die aktuellsten Probleme der Pensionskassen auf.

Die Anmeldung erfolgt online [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch), per Mail [info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch) oder per Telefon 031 370 00 70

## AGENDA 2024

SA, 31. AUGUST  
SO, 1. SEPTEMBER  
Mitgliederversammlung  
SP Frauen, Murten

FR, 6. SEPTEMBER  
Parteirat, online

SA, 14. SEPTEMBER  
Kommunaltagung in Belp

SA, 28. SEPTEMBER  
Herbstkonferenz SP60+, Olten

SA, 26./SO, 27. OKTOBER  
Parteitag in Davos

SA, 2. NOVEMBER  
Delegiertenkonferenz  
SP Migrant:innen

SA, 23. NOVEMBER  
Demonstration gegen Gewalt  
und Unterdrückung, Bern

Aktuelle Infos unter  
[www.sp-ps.ch/agenda](http://www.sp-ps.ch/agenda)



## Baustellen der Demokratie

Die Demokratie ist mit verschiedenen Krisen konfrontiert. Obwohl es wahrscheinlich auch für moderne, komplexe Gesellschaften keine freiere Herrschafts- und Kulturform als die Demokratie gibt, kommt sie von unterschiedlichen Seiten immer mehr unter Druck. Diesen Baustellen geht unsere Reihe nach.

## Populismusrmehrheiten in der Demokratie – Ein Blick die USA

Donnerstag, 12. September 2024, 18.30 Uhr, Royal, Baden  
Mit Annika Brockschmidt (Autorin «Die Brandstifter. Wie Extremisten die Republikanische Partei übernahmen») und Prof. Marco Steenbergen (Institut für Politikwissenschaft Universität Zürich).

## Kongress Reclaim Democracy

Freitag und Samstag, 13.–14. September 2024, ganztags, Zürich  
In Kooperation mit dem Denknetz. AKM-Panel mit Natascha Strobl zu «Kulturkampfkunst – Eine Anleitung» am Freitagmorgen im Weissen Saal im Volkshaus.

## Freie Medien unter Druck

Donnerstag, 26. September 2024, 18.30 Uhr, KuK, Aarau  
Diskussion mit Fabian Hägler (Chefredaktor AZ Medien), Colette Basler (Grossrätin SP AG), Christoph Nietlisbach (Verwaltungsratspräsident der Freiamter Regionalzeitungen). Input von Stefano Pedrazzi (Dozent, Departement für Kommunikation und Medienwissenschaften Universität Freiburg).

## Von der Kritik zur Verschwörung

Mittwoch, 13. November 2024, 18.30 Uhr, Royal, Baden  
Mit Prof. Oliver Nachtwey (Institut für Soziologie Universität Basel) und Katharina Nocun (Publizistin und Bürgerrechtlerin), moderiert von Corin Kraft (Dozentin FHNW).

Inserat

hope  
fight  
love  
4-6.10.  
2024  
150 Jahre  
Clara Ragaz

Festival der Zeitschrift *Neue Wege*  
in der Citykirche Offener St. Jakob Zürich

mit

Şeyda Kurt, Franziska Schutzbach, Yves Bossart, Big Zis, Corine Mauch, Lisa Mazzone, Anna Rosenwasser, Nicola Siegrist, Mandy Abou Shoak, Ina Praetorius, Annemarie Sancar, Hannes Lindenmeyer, Köbi Gantenbein und vielen mehr

[hopefightlove.ch](http://hopefightlove.ch)



Neue  
Wege

Die Zeitschrift *Neue Wege* lädt  
in Kooperation mit der  
Citykirche Offener St. Jakob ein

AZB  
CH-3001 Bern  
PP/Journal

Post CH AG



Bestelle jetzt eine Fahne gegen  
die Aushöhlung des Mietrechts!

